

Aus dem Referat des Parteivorsitzenden Dr. Gregor Gysi auf der kommunalpolitischen Konferenz

# Was die PDS in der Kommune verändern will und kann

In den Kommunen wird Politik unmittelbar erlebbar, weil Leistungen, Fehlleistungen und Unterlassungen sich sofort auswirken...

Deshalb sollten wir uns davon hüten, die Wahlen am 6. Mai als eine Neuaufgabe des 18. März dieses Jahres zu verstehen. Wir haben seit März eine schwarz-rote Regierung und eine Mehrheit der Rechtsallianz in der Volkskammer. Das muß bei den Kommunalwahlen ganz und gar nicht so sein. Die Regierung ist weit, der Bürgermeister ist nah. Deshalb spielen die Persönlichkeiten, die sich den Wahl stellen, eine dominierende Rolle und natürlich das, was sie den Wählern in Politikangeboten zu bieten haben. Natürlich werden sich die Wähler fragen, kann die Linke gegen die Regierung überhaupt etwas durchsetzen, zumal sich viele Aussagen der Parteien scheinbar gleichen.

Erstens sind der Bürgermeister und Bürgermeisterinnen viele. Je mehr unsere Kandidaten von den Bürgern akzeptiert werden, desto schwieriger wird es für die Regierung, das einfach zu übersehen.

Und zweitens, die Eigenständigkeit und die Bedeutung der Kommunen wird erheblich zunehmen. Unsere Chance sind die Sachkompetenz, unser Engagement und der praktische Einsatz unserer Genossinnen und Genossen.

Unser Land ist von Schüttelfrösten geplagt durch das Pokern um die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Man hat den Eindruck, die Kohl-Administration hat den Wahlspeck wieder eingepackt, wechselt ständig die Aussagen, um die Bevölkerung der DDR zwischen Angst und Hoffnung in der Schwebe zu halten. Am Ende soll womöglich ein Umtauschkurs zur Mark herauskommen, der den Bruch des Wahlversprechens propagandistisch zu einem generösen Geschenk umfunktioniert.

Wir sind uns darüber im klaren, daß selbst 1:1 große Probleme mit sich bringt, wenn nicht mit einer Lohnerhöhung, dafür aber mit einem Anstieg der Tarife und Preise zu rechnen ist, als Investitionsanreiz.

Arbeitslosigkeit, vor der wir ja schon vor Monaten gewarnt haben, wird Realität. Nach statistischen Angaben sind 38 313 Bürger in der DDR ohne feste Beschäftigung. Elbflorenz in Dresden, ein renommiert Betrieb, 100 Jahre alt, steht vor dem Ruin, Niederkonkurriert von Milka, Sprengel und wie sie alle heißen.

Hier wird eben das Problem, deutlich, das mit der Schrittfolge zu tun hat, auf die wir immer hingewiesen haben. Erst Wirtschaftsreform mit einer höheren Effektivität, auch mit einem Währungsverbund, mit einem festen Umtauschkurs für Mark der DDR in eine freikonvertible Währung hätte Effizienzdruck ausgelöst, auch für solche Schokoladenfabriken.

Wenn aber der umgekehrte Weg beschritten wird, wie das geplant ist, dann hat man eben mit solchen Folgen zu rechnen und gibt unserer Wirtschaft nur eine geringe Chance, insbesondere dann, wenn keine Schutzölle oder andere Maßnahmen eingeführt werden.

Und hier sind die Aussagen ja sehr widersprüchlich. Unser Ministerpräsident die Maiziere hat in seiner Regierungserklärung von Schutzmechanismen gesprochen, aber einen Tag später sagt Wirtschaftsminister Pohl in Bonn, er denke nicht daran, irgendwelche Maßnahmen zu treffen, die die Wirtschaft zwischen beiden deutschen Staaten trennen könnten. Und dementsprechend sagt auch unser stellvertretender Ministerpräsident und Innenminister Diel, daß er eigentlich alle Kontrollen an den Grenzen zwischen der DDR und der Bundesrepublik abschaffen will, was dann bedeutet, daß auch praktisch keine Schutzmechanismen mehr möglich sind.

## Wie sieht die PDS kommunalpolitische Vorstellungen der CDU?

Wie sie in dem Programm deutlich werden, folgen sie im wesentlichen dem bundesdeutschen kommunalpolitischen Grundsatzprogramm von CDU und CSU. Und das ist ja auch kein Wunder. Die aktuellen Probleme und Ängste der DDR-Bürger, die sich aus dem Übergang zur Marktwirtschaft ergeben, werden so gut wie gar nicht aufgegriffen.

Der Begriff „Recht auf Arbeit“ beispielsweise taucht überhaupt nicht auf. Mehr Raum widmet das CDU-Programm der breiten Vermögensbildung. Wie breit und wie diese Vermögensbildung zustande kommen soll, wird freilich auch nur recht allgemein dargestellt. Auch der Begriff „Recht auf Wohnung“ fehlt im CDU-Programm.

Dagegen wird gesagt, man wolle dafür sorgen, daß bedarfsgerechte familienfreundliche Wohnungen in richtigen Größen, am richtigen Ort, zum richtigen Zeitpunkt und zu angemessenen Preisen bzw. Mieten angeboten werden.

Nun weiß man allerdings nicht, was hier unter angemessen zu verstehen ist und wem das angemessen sein soll, dem Mieter oder dem Verkäufer. Und zum Thema Mieterschutz in diesem Zusammenhang fehlt ebenfalls jedes Wort im CDU-Programm. Unter der Rubrik soziale Be-

deutung der Familie wird etwas über die Frauen gesagt. Und zwar heißt es hier: Auch die sozialen Leistungen und Sicherungen für die Frauen müssen verbessert werden, ihre Selbständigkeit und Unabhängigkeit erweitert und ihre Chancengleichheit. Besonders auch im Berufs- und Arbeitsleben ist Gleichbehandlung zu gewährleisten. Gleichbehandlung ist offensichtlich nicht dasselbe wie Gleichstellung der Geschlechter, die wir fordern. Daher ist auch von Quotenregelung nicht ein Wort zu finden, nichts über die Väter und ihre Pflichten oder Rechte. Vielmehr wird gesagt, man wolle überlasteten Müttern bei der Betreuung ihrer Kinder helfen durch Förderung standortgerechter Kindergärten und Kinderhorte sowie durch Einrichtung von Tages- und Wochenpflagestellen. Also um Hilfe für überlastete Mütter geht es, nicht um die Vereinbarkeit von Beruf und Elternschaft für Männer und Frauen. Und der Begriff Kinderkrippe kommt nicht vor. Will die CDU sie abschaffen?

Nach der Regierungserklärung von Ministerpräsident die Maiziere nicht. Er hat sich auch zur Frage der Gleichstellung der Geschlechter, wie ich meine, positiv geäußert. Bloß das, was ich von der zukünftigen Ministerin nun wieder gehört habe, klingt wieder ganz anders. Und das macht die Einschätzung dieser Regierung ein bißchen kompliziert. Es wird sich noch zeigen, wer da wo und wie das Sagen hat.

## Wie jeder weiß, haben wir bei den Wahlen zur Volkskammer in den ländlichen Gebieten deutlich weniger Stimmenanteile erhalten als in großen Städten. Wo sieht die PDS dringende Kommunalprobleme auf dem Lande?

Abgesehen davon, daß je kleiner das Dorf oder die Gemeinde ist, Personen gewählt werden, die jeder kennt, auch deren Familien, Hobbys, Tugenden oder Untugenden, sind hier natürlich auch die Problemfelder kommunaler Politik besonders konkret.

Die Agrarproduktion wird auch künftig entscheidende Existenzgrundlage der Menschen und der Dorfentwicklung sein. Schon ab dem allerdingens ist, daß mit dem Einzug der unregulierten Marktwirtschaft in relativ kurzer Zeit die Hälfte der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte aus der unmittelbaren traditionellen Pflanzen- und Tierproduktion und den betrieblichen Verwaltungen freigesetzt werden. Dazu muß man allerdings sagen, daß andere Länder durchaus in der Lage sind, sogar bei Mitgliedschaft in der EG, sich für Jahre Übergangsbedingungen zu verschaffen, um ihren landwirtschaftlichen Binnenmarkt zu schützen. Aber es gibt natürlich bei uns landwirtschaftliche Produktion, die nie rentabel sein kann, weil einfach die Bodenfruchtbarkeit dafür nicht ausreicht.

Wird deshalb nicht rasch und wirksam vorgebeugt oder gegen-gesteuert, führt das nicht nur zu massenhafter Arbeitslosigkeit, sondern schließlich auch zum Aussterben vieler Dörfer. Das heißt, hier vor allem sind konstruktive Lösungsansätze und Politikangebote notwendig. Neben zentralen Schutzmechanismen müssen wir uns dafür einsetzen, daß die Umstrukturierung der Landwirtschaftsbetriebe deren Verantwortung für das Erschließen neuer Erwerbsquellen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze einschließt. Das kann und soll sowohl die Be- und Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte als auch den Bereich der Dienstleistungen industrieller Nebenproduktion und den Aufbau touristischer Einrichtungen betreffen.

Die Ansiedlung von Handwerks- und Gewerbebetrieben sollten wir unterstützen. In der Volkskammer wird die PDS Initiativen zur Investitionsförderung für strukturschwache Gebiete fördern und selbst ergreifen, wie die Ansiedlung neuer Betriebe, steuerliche Begünstigungen usw. Wir sind für staatliche Mitfinanzierung der Umschulung von Genossenschaftsbauern und Landarbeitern und halten das für sehr dringlich.

Und wir sind ganz und gar dagegen, daß unkontrolliert der Markt mit der Überschussproduktion aus dem Bereich der EG übersättigt wird. Das kann man auch anders regulieren. Man muß die Einfuhr mit Zöllen belegen, dann hat der Staatshaushalt etwas davon. Das dient auch der Sanierung unserer Wirtschaft, und es ist ein fairerer Wettbewerb, weil, wie international üblich, diese Produkte dann zu einem Preis zu haben sind, daß die anderen Produkte eben auch eine Chance haben.

## Was sind weitere inhaltliche Felder der Kommunalwahlen?

Als linke sozialistische Partei wird sich die PDS vor allem zum Anwalt der werktätigen Bevölkerung machen. Worum drehen sich heute die Diskussionen von Millionen Menschen, worauf beziehen sich ihre Ängste? Werde ich Arbeit haben? Kann ich in meiner Wohnung bleiben? Wird das Geld reichen fürs tägliche Leben? Kann ich die Kinder in Krippe, Kindergarten, Hort betreuen lassen? Werden Kinder und Jugendliche eine ordentliche Ausbildung erhalten und danach einen Ar-

beitsplatz? Was wird mit den Renten? Was kann künftig für die sozial Schwachen getan werden?

Viele der damit zusammenhängenden Probleme müssen gesetzlich geregelt werden, also von der Volkskammer. Wir werden dort unsere Forderungen stellen und eigene Gesetzentwürfe einbringen. Im Kommunalwahlkampf ist es durchaus richtig, unsere Forderungen an Volkskammer und Regierung auszusprechen. Die Wähler wissen natürlich, daß wir in der Volkskammer in der Minderheit sind. Um so wichtiger ist es, daß wir in Wort und Tat ausdrücken, was für kommunalpolitische Vorhaben wir auch erreichen können. Und wir können sogar so weit gehen zu sagen, daß bei den sichtbaren unterschiedlichen Tendenzen in der Regierung jedes rote Rathaus die humanistischere, demokratischere, anständigere und souveränere Tendenz in der Regierung unterstützt und die andere schwächt und leider auch umgekehrt.

## Was kann man vor Ort konkret anpacken?

In Kommunalprogrammen der PDS aus Kreisen, Städten und Gemeinden ist vielfach vor allem die Forderung unseres zentralen Kommunalwahlprogramms übernommen worden. Noch zu wenig wird sichtbar, was die PDS in der Kommune konkret verändern will und kann.

**Problem Arbeitsplätze.** Vorhandene Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen, auch durch kommunale Entscheidungen und Einführung, gehört zu den Markenzeichen linker Kommunalpolitik. Die PDS im Rathaus wird dafür sorgen, daß vor allem diejenigen Gewerbe- und Räume bekommen, die viele neue und sichere Arbeitsplätze schaffen. Das sollten vor allem ortsanässige Unternehmen, Mittelständler und Gewerbetreibende sein und weniger westliche Konzerne oder Kaufhausunternehmen, weil gerade sie auf die Ausschaltung der DDR-Wirtschaft und damit auf die Vernichtung von Arbeitsplätzen zielen.

Wir brauchen aber eine florierende einheimische Wirtschaft auch im ureigenen Interesse der Kommune und ihrer Bürger, weil mit der Einführung der kommunalen Finanzhoheit ein Anteil an den Steuern der Betriebe in die Kasse der Kommunen fließen soll. Natürlich brauchen wir auch Kapitalbeteiligungen aus dem Westen, auch in Kommunen, in bestimmten Betrieben und Einrichtungen, damit aber - bitte schön! - derjenige, der sich beteiligt, etwas davon hat, also meinetwegen auch Profit erwirtschaftet, daran verdient, vor allem aber die Wirtschaft effektiver wird und auch Arbeitsplätze gesichert werden.

Unter den gegenwärtigen Umständen, zumal wir an der Regierung nicht beteiligt sind, wäre es unrealistisch, davon auszugehen, daß die Arbeitslosigkeit zu vermeiden ist. Die Frage ist aber nun, welche Partei kümmert sich um die soziale Betreuung der Arbeitslosen, um ihre psychologischen Probleme, um ihre Kommunikationsmöglichkeiten, damit das Selbstwertgefühl nicht zerstört wird. Die Schaffung von kommunalen Arbeitslosenzentren wäre ein Weg dazu. Brennend wichtig sind ebenso kommunale Umschulungsangebote, zum Beispiel für Sozialarbeiter, für Tätigkeiten im Rahmen von Umweltschutzprogrammen und andere kommunale Arbeitsplatzbeschaffungsmaßnahmen.

**Zur Wohnungsfrage:** Nach den Volkskammerwahlen hat der Druck von Haus- und Grundstücksgebern auf Mieter, Nutzer und Pächter in der DDR stark zugenommen. Wir unterstützen die Rechtsauffassung, die von der Regierung Modrow am 1. März dargelegt worden ist und die sich auch in der Regierungserklärung Lothar de Maizieres widerspiegelt. Alle auf der Grundlage des geltenden Rechts abgeschlossenen Verträge und Verwaltungsentscheidungen müssen gültig bleiben. Wobei zur Stellungnahme der Regierung die Maiziere in den westlichen Zeitungen schon gesagt worden ist: Na ja, wenn er sich also wirklich mit 1:1, zumindest bei Löhnen, Gehältern usw., durchsetzt, das ist ja Immerhin grundlegend, und dann soll es da ja noch Abweichungen geben. Dann muß er aber natürlich auch, wenn er einen Solidarbeitrag der Bundesbürger fordert, sich ihnen gegenüber solidarisch verhalten, und dazu würde dann gehören, ihnen wenigstens ihre früheren Eigentums- und Nutzungsrechte wiederzugeben. Deshalb rede ich nicht so gerne vom Solidarbeitrag, sondern von den Ansprüchen, die wir haben.

Das verfassungsmäßige Recht auf Wohnraum, eingeschlossen Kündigungsschutz, Mietpreisbindung, Wohnraumlenkung nach sozialen Gesichtspunkten, muß gewahrt bleiben, ebenso das Eigentumsrecht an Eigentümern, unabhängig vom Eigentum an Grund und Boden, das Eigentumsrecht von Kleingartenbesitzern und ähnliche Eigentumsrechte. Der volkseigene Wohnungsbestand ist de facto schon jetzt kommunales Eigentum. Wir setzen uns dafür ein, daß er es rechtlich wird und bleibt. Wir werden aber auch, wo es für die Bürger vorteilhaft

ist, den Verkauf jetziger volkseigener Wohnungen an ihre Nutzer unterstützen.

Was den genossenschaftlichen und individuellen Wohnungsbau betrifft, so werden wir uns hier für den Gedanken der Gemeinnützigkeit und gegen ungehemmte Profitmacherei einsetzen. Generell wollen wir für die sozial Schwächeren einen sozialen Wohnungsbau, für den öffentliche Mittel eingesetzt werden. Wir wissen aus der BRD, daß die Boden-spekulation die Wohnungspreise besonders steil nach oben treibt. Deshalb wollen wir, daß das Verfügungsrecht über Grund und Boden den Kommunen übertragen wird. Was wir nicht versprechen und fordern können, ist die Beibehaltung der jetzigen Mietpreise. Sie sind nicht zu halten. Obwohl der Abbau der Subvention auf diesem Gebiet wirtschaftlich überhaupt nicht im Vordergrund steht. Aber künftig werden nicht mehr die Mieten subventioniert werden, sondern die Haushalte. Und hier insbesondere die sozial Schwachen. Und da müssen wir uns für einen gerechten und wirklich ausreichenden Ausgleich einsetzen. Und wir müssen uns dafür einsetzen, daß Mietpreise auch nicht freigegeben werden, sondern wenn sie erhöht werden, muß es dennoch Mietpreisbindungen geben. Das ist ein großer Unterschied, ob ich sage, jeder kann jetzt jede Miete nehmen, wie er denkt, oder ob ich sage, sie müssen zwar ent-subventioniert werden, also dadurch auch erhöht werden, aber nicht durch die Mieter, sondern durch die Staat.

**Zu Kindereinrichtungen:** Wir werden in den Städten und Dörfern all das zu schützen haben, was den Kindern gehört, was ihnen Wärme und Wohlbefinden gibt. Es ist auszubauen. Es ist bekannt, daß jetzt Betriebe geradezu massenhaft ihre Krippen und Kindergärten kündigen. Das liegt nur daran, daß Marktmechanismen nicht richtig genutzt werden. Denn man könnte es einerseits so gestalten, daß man Betrieben mit solchen Einrichtungen Steuern nachläßt, so daß sie nicht benachteiligt sind gegenüber anderen Betrieben. Man könnte es sogar noch umgekehrt gestalten und den anderen Betrieben Sozialabgaben auferlegen, die so sind, daß sie im Wettbewerb schlechtere Chancen haben als jene Betriebe mit solchen Sozialeinrichtungen.

Aber wir sind gar nicht prinzipiell dagegen, daß Kindergärten und Krippen in kommunale Verantwortung übergehen. Nur die Kommunen verfügen ja gegenwärtig überhaupt nicht über die Mittel, solche Einrichtungen zu übernehmen. Wenn sie aber einmal abgeschafft würden, entstünden für Kinder und ihre Eltern enorme Schwierigkeiten, oft existenzielle Nöte. Deswegen werden wir in jedem Fall um eine Zwischenlösung kämpfen, damit die Plätze erhalten bleiben, bis eine normale Finanzierung durch die Kommunen möglich wird. Wenn es keine anderen Wege geben sollte, werden wir auch Protestaktionen der betroffenen Eltern unterstützen und uns daran beteiligen.

**Zu den Schulen:** In Übereinstimmung mit der Position des zentralen Runden Tisches setzen wir uns für den Erhalt der staatlich finanzierten 10-jährigen Regelschule ein. Hier müßte also eigentlich ein breiter Konsens bestehen. Aber einige Parteien schielen nach dem Schulsystem der BRD, und das ist bekanntlich überwiegend durch die Dreigliedrigkeit - Hauptschule, Realschule mit mittlerer Reife und Gymnasium mit Abitur - gekennzeichnet. Genau das wollen wir nicht, weil damit eines unserer wichtigsten Prinzipien unvereinbar ist, das der Chancengleichheit für alle Kinder.

Chancengleichheit heißt zum Beispiel, daß niemand aus politischen Gründen ausgegrenzt wird, also auch keine Schüler mit linken Auffassungen. Chancengleichheit setzt voraus, daß Bildungsmöglichkeiten nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sind. Daher sind wir für staatliche Finanzierung der Bildung. Alternativen Schulen sind also nur dann eine wirkliche Alternative, wenn auch jeder Werkstätte die Möglichkeit hat, seine Kinder dort-hin schicken zu können.

Und natürlich brauchen wir Begabtenförderung, und natürlich brauchen wir auch Schulen, die Menschen mit Behinderungen besonders fördern, ihre spezifischen Fähigkeiten also entwickeln.

Die Schulen sollen und werden viel mehr Spielraum für eigene Entscheidungen und eigene Profilierung haben als früher, der Direktor, der gewählt wird, der Lehrer mit seiner Fachkenntnis, die Eltern durch ihre demokratisch gewählten Vertretungen, die Schülervertreter. Hier gibt es also Möglichkeiten für Initiativen, die wir fördern, an denen wir uns beteiligen können. Auch hier keinesfalls unter engen parteipolitischen Aspekten, sondern ganz im Sinne der besten Möglichkeiten für alle Kinder und Jugendlichen.

Runde Tische und vor allem natürlich die kommunalen Volksvertretungen können da viel Eigenständiges verwirklichen. Man braucht nicht auf Anordnungen von oben zu warten. Wir sind aber auch ganz und gar dagegen, daß Lehrer von vornherein wegen irgendeiner Mitgliedschaft ausgegrenzt werden.

**Zum Gesundheitswesen:** Wir fordern ein dichtes Netz bürger-

naher medizinischer und sozialer Betreuungsangebote, durch das niemand fallen darf. Wir bleiben dabei, daß hier nicht der Geldbeutel, nicht die Marktwirtschaft, sondern die Bedürftigkeit der Bürgerinnen und Bürger dominieren müssen. Wir sind der Ansicht, daß für eine gut funktionierende medizinische Betreuung in den Städten und Dörfern Eigentumsvielfalt und Chancengleichheit von kommunalen Einrichtungen des Gesundheitswesens und privaten Niederlassungen oder Gemeinschaftspraxen möglich und im Interesse der Bürger und auch der Mitarbeiter des Gesundheitswesens notwendig sind.

Bisher staatliche Einrichtungen, Polikliniken, Ambulatorien, staatliche Arztpraxen sollten in kommunales Eigentum übergeführt und auch durch die Kommunen mitfinanziert werden. Warum - so frage ich - sollten wir zulassen, das staatliche Monopol durch das von privaten Niederlassungen zu ersetzen? Und wenn damit Verschlechterungen für die Bürgerinnen und Bürger, längere Wege und Wartezeiten, das Fahren in die Kreisstadt, Verteuerungen verbunden sind, wenn Mütterberatungen und andere Leistungen wegfallen, Betreuungspersonal abgebaut wird, dann müssen und werden wir es sein, die dagegen den Bürgerprotest fordern und organisieren werden.

**Zum Sozialwesen:** Wir sind uns dessen bewußt, daß vieles hier bisher für die betroffenen Menschen, namentlich für ältere Bürgerinnen und Bürger, für Menschen mit Behinderungen, von sozial Gefährdeten, eher ausgrenzend als integrativ wirkte. Ich will überhaupt nicht das Gespenst von bisher bei uns weitgehend unbekannter Drogensucht, von Obdachlosen usw. an die Wand malen. Klar dürfte allerdings sein, daß hier neue Problemfelder auf uns, d. h. vor allem auf die Kommunen zu kommen, auf die sie nicht vorbereitet sind. Für die wir aber Lösungen fördern und auch anbieten müssen.

In jeder Stadt, in jeder Gemeinde muß dieser Sozialdienst aufgebaut werden. Hier sind die Veteranen, die Menschen mit Behinderungen zu Hause, hier müssen sie lebenswert leben können. Das können und wollen wir nicht der Heilsarmee überlassen, die sich inzwischen in der DDR organisiert hat. Wogegen auch gar nichts zu sagen ist. Alles das, was auf diesem Gebiete an Unterstützung möglich ist, sollte auch genutzt werden.

Wir wissen um die aufopferungsvolle Arbeit der Kirchen, die wir schätzen und deren Initiativen wir unterstützen sollten. Amtsträger in der Kirche verhalten sich uns gegenüber mit am tolerantesten. Was durch die Vergangenheit nicht zu erklären ist. Was nur durch ihre christliche Haltung zu erklären ist und durch unsere neue Haltung zu erklären ist, daß sie auch glauben, daß wir wirklich eine neue Partei sind und uns wesentlich erneuert haben.

Wir werden die Arbeit der Volkssolidarität auch weiterhin unterstützen. Und es ist doch nicht Wahlkampftaktik, wenn sich in diesen Wochen Mitglieder der PDS, darunter sehr viele junge Genossinnen und Genossen, bereit finden, dort einzuspringen, wo, aus welchen Gründen auch immer, hilfebedürftige Menschen alleingelassen werden. Diese Solidarität muß auch Markenzeichen der Partei des Demokratischen Sozialismus sein.

**Zu Ordnung und Sicherheit:** Viele Bürger sind stark beunruhigt über zunehmende Gewalt. Ich erinnere nur an Randalierende bei Fußballspielen oder während der Berliner Auftritte amerikanischer Stuntmen. Ich erinnere auch an das, was sich hier auf dem Alex abgespielt hat. Vor allem verunsichert die Menschen, daß die Polizei sich in einer Weise zurückhält, daß man auch sagen könnte, sie tut gar nichts, um die Bürger zu schützen. Das wäre allerdings übertrieben. Auch hier müssen wir differenziert beurteilen. Und es gibt auch Einschätzungen, daß Polizisten anfangen, sich in entgegengesetzter Richtung zu ideologisieren, in der sie früher einmal ideologisiert waren, und wieder auf einem Auge blind zu werden. Aber es gibt auch Polizisten, die jetzt wirklich einfach nur noch dem Recht dienen wollen. Diese Tendenzen müssen wir unterstützen.

Künftige Kommunalpolitik soll unserer Meinung nach für jedermann Recht und Gesetz garantieren, das kulturvolle und gewaltfreie Zusammenleben in den Städten und Dörfern. Die Beispiele sollten zeigen: Wir dürfen nicht nur unsere Forderungen an Volkskammer und Regierung formulieren, sondern müssen das im kommunalen Bereich Machbare herausfinden und dazu im engen Zusammenwirken mit den Bürgern, mit den Bürgerbewegungen und Initiativen Vorschläge entwickeln, Aktionen unterstützen, Bündnisse schließen, die für den Wähler glaubhaft machen. Wer PDS-Kandidaten wählt, der bewirkt etwas für die soziale Sicherheit der Bürger, der gibt seine Stimme Frauen und Männern, die im Ort, die im Kreis viel für die Bürgerinteressen tun können und tun werden. Er gibt sie Humanisten und Demokraten, die sich als Interessenvertreter der Bürgerinnen und Bürger verstehen und die ein hohes Maß an politischer Kultur und Toleranz, wie ich meine, in den vergangenen Wochen und Monaten bewiesen haben.

# ZUR SACHE

## „pds-kommunal“

In den Kommunen hat jeder sein Zuhause. Deshalb dürfte das Interesse an „Wie geht's weiter?“ besonders groß sein. Dieser Tatsache versucht die Partei des Demokratischen Sozialismus nicht erst am unmittelbaren Vorabend des 6. Mai gerecht zu werden. Seit geraumer Zeit sind in den Kreis- und Bezirksvorständen der PDS Arbeitskreise Kommunalpolitik aktiv, die sich immer mehr zu kleinen „Ideenfabriken“ für ihr konkretes Territorium entwickeln.

Mit der kommunalpolitischen Konferenz am vergangenen Wochenende ging die PDS noch deutlicher in die Offensive. Ein Aufruf zur Gründung der kommunalpolitischen Vereinigung „pds-kommunal“ fand außergewöhnliches Interesse, auch durch die Kommunen mitfinanziert werden. Warum - so frage ich - sollten wir zulassen, das staatliche Monopol durch das von privaten Niederlassungen zu ersetzen? Und wenn damit Verschlechterungen für die Bürgerinnen und Bürger, längere Wege und Wartezeiten, das Fahren in die Kreisstadt, Verteuerungen verbunden sind, wenn Mütterberatungen und andere Leistungen wegfallen, Betreuungspersonal abgebaut wird, dann müssen und werden wir es sein, die dagegen den Bürgerprotest fordern und organisieren werden.

Eine Initiativgruppe soll bis Ende Mai 1990 ein Statut entwerfen. Zur Mitarbeit sind alle Interessierten aufgerufen. „pds-kommunal“ orientiert aktuell und perspektivisch. Realistische Alternativen zu keineswegs immer erfolgreichen Konzepten der BRD bzw. Angeboten der anderen DDR-Parteien sind gefragt, wo doch

jetzt Weichen für die Zukunft gestellt werden.

Anliegen der geplanten Vereinigung ist es, an fortschrittliche Traditionen der Kommunalpolitik in Deutschland und an internationale Erfahrungen anzuknüpfen. Dabei wird vor allem auf die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung vom 27. Juni 1985 verwiesen. Diese faßt die kommunale Selbstverwaltung (Artikel 3) als das Recht und die tatsächliche Fähigkeit der kommunalen Gebietskörperschaft, also der Gemeinschaft von Bürgern einer Gemeinde, einer Stadt, eines Kreises, einer Region usw., im Rahmen der Gesetze einen wesentlichen Teil der öffentlichen Angelegenheiten in eigener Verantwortung zum Wohle der Einwohner zu regeln und zu gestalten. Das westeuropäische Vertragsdokument bestimmt auch, daß die Gebietskörperschaften durch zentrale und regionale Stellen nicht ausgehöhlt werden dürfen.

Worum geht es konkret? Um Informations- und Meinungsaustausch, gegenseitige Beratung und Begutachtung, Qualifizierung der PDS-Mitglieder sowie um Beziehungen zu den neuen Formen der unmittelbaren Demokratie wie Bürgerkomitees, Bürgerinitiativen und Runden Tischen. Keine Frage - mit diesem Angebot hat die PDS gegenüber anderen Parteien ein deutliches Plus. Dr. TOMAS KITTAN

# Selbstverwaltung - eine Kernfrage der Umgestaltung

Von Prof. Dr. HEINZ BARTSCH

Die kommunale Selbstverwaltung ist offensichtlich nicht nur eine Kernfrage der vor uns stehenden Verwaltungsreform, sondern auch der gesamten gesellschaftlichen Umgestaltung in unserem Land.

Mit der kommunalen Selbstverwaltung, mit diesem Begriff, verbinden sich viele Hoffnungen der Bürger auf eine spürbare Verbesserung des Alltagslebens in den Städten und Gemeinden und eine Lösung der vielfältigen Fragen auf sozialen, kulturellen, ökologischen und anderen Gebieten. Das gegenwärtige Problem besteht doch darin, daß der Prozeß des Abbau der Überzentralisierung bisher noch nicht mit einem entsprechenden Übergang finanzieller Mittel und materieller Kapazitäten an die Städte und Gemeinden verbunden ist. Und man muß hinzufügen, auch in der Kürze der Zeit noch nicht zu realisieren war.

Bürgermeister und Mitarbeiter fühlen sich oft alleingelassen. Sie erhalten weder ausreichende Orientierung noch Unterstützung. Aus dieser Situation ergeben sich zum Teil Fehlentscheidungen, zum Beispiel die Auflösung von kommunalen Betrieben und Einrichtungen, Verkauf von Gemeindevermögen und anderes. Wir brauchen deshalb schnell eine gesetzliche Regelung in Form einer Kommunalverfassung.

Was ist Leitgedanke des ersten Entwurfs der Kommunalverfassung?

Es sind die jahrzehntelangen in west- und nordeuropäischen Ländern gesammelten Erfahrungen, wie sie in der vom Ministerkomitee des Europa-Rates 1985 angenommenen Charta der kommunalen Selbstverwaltung enthalten ist.

Selbstverständlich sollten wir für einen zentralen Finanzausgleich eintreten, der auch den Kommunen, die wenig oder keine Betriebe im Territorium haben, eine kommunale Entwicklung sichert.

Eine genauso wichtige ökonomische Grundlage sehe ich in dem

Recht der Gemeinden, sich wirtschaftlich zu betätigen und zur Durchführung ihrer Aufgaben wirtschaftliche Unternehmen im Interesse des Gemeinwohls zu gründen, zu unterhalten und zu erweitern.

Hier müssen wir viel Eigenständiges schaffen, weil uns ein Blick nach dem Westen, wo Volkseigentum unbekannt ist, nichts nützt. Im Gegenteil, es fehlt schon heute nicht an Ratschlägen, und politische Kräfte in der DDR greifen das auch auf, volkseigene Kommunalwirtschaftsbetriebe zu privatisieren. Die PDS sollte deshalb fordern und in den Bezirken, Kreisen, Städten und Gemeinden darüber wachen, daß keine Anteile volkseigener Betriebe und Einrichtungen der Kommunalwirtschaft durch die Treuhänder-Anstalt verkauft werden. Sie sollten vielmehr in Kommunaleigentum übergeführt, das heißt die Anteile bzw. Aktien an die Städte und Gemeinden übergeben werden, für die diese Betriebe Leistungen erbringen.

Aus der wirtschaftlichen Tätigkeit der Gemeinden darf man dabei die Form der Beteiligung der Gemeinden an Wirtschaftsunternehmen keinesfalls ausschließen. Auch das gehört in die Kommunalverfassung. In der BRD besteht zum Beispiel rund 1000 gemeindliche Unternehmen, die sich mit der Erzeugung oder Verteilung von leistungsgubendener Energie wie Elektrizität, Gas, Fernwärme, Wasser, Ver- und Entsorgung beschäftigen. Und die bringen Geld in die Gemeindekassen.

Noch etwas zu den Landgemeinden. Wir haben 3572 Gemeinden mit weniger als 500 Einwohnern. Hier sind weder eine eigene Kommunalwirtschaft noch selbständige Wirtschaftsunternehmen in Kommunaleigentum vorstellbar. Wir brauchen deshalb in der Kommunalverfassung das Recht aller Gemeinden, zur Erfüllung gemeinnütziger Zwecke Verbände zu bilden und gemeinsame wirtschaftliche Unternehmen zu führen.

# Auf Erfahrung der Runden Tische nicht verzichten

Von Dr. HORST KOBER, Oberbürgermeister von Suhl

Gegenwärtig sieht es in den Städten und Gemeinden unseres Landes vielfach so aus, daß die Kommunen des Rates der aktiven Unterstützung und vor allem Dingen der rigorosen Veränderung ihres Status und der Herstellung der dazu notwendigen Bedingungen bedürfen, um tatsächlich zur kommunalen Selbstverwaltung und kommunalen Finanzhoheit übergehen zu können.

Zu einem ersten Problemkreis, der Kommunalautonomie und Kommunalverfassung. Ich stimme durchaus dem Gedanken zu, daß in prinzipiellen Fragen der Kommunalautonomie und Kommunalverfassung Artikel 50 des Entwurfs der Arbeitsgruppe Neue Verfassung der DDR des Runden Tisches gefolgt werden sollte. Ich wäre auch dafür, noch im Monat Mai in der Volkskammer zu einer ersten Lesung des Entwurfs einer Kommunalverfassung zu kommen. Ein Problem aber dabei ist, daß Kommunalverfassungen in die Gesetzgebungskompetenz der zukünftigen Länder fallen werden und es hier natürlich erhebliche Streitpunkte und Diskussionen geben wird.

Was den Wahlmodus der Volksvertretungen betrifft, sollten der Bürgermeister bzw. der Vorsitzende des Rates des Kreises und die Volksvertretungen durchaus in getrennten Wahlgängen - das

heißt der Bürgermeister direkt gewählt werden. Dabei wird einerseits durchaus beachtet, daß der Bürgermeister eine verhältnismäßig unabhängige und gegenüber der Volksvertretung starke Stellung einnimmt. Und zum anderen, und das scheint mir wesentlich, ist diese Direktwahl höchst demokratisch.

Ich stimme darin mit den Forderungen des Gemeinde- und Städtebundes Thüringens überein, die wir am 5. und 11. April beraten haben und die die Auffassung von fast 1600 Gemeinden und Städten widerspiegeln. Da eine solche Regelung zu den Kommunalwahlen am 6. Mai praktisch nicht mehr einzuführen ist, wird sie unbestritten eine wesentliche Frage der zu schaffenden Kommunalverfassung sein.

Und eine zweite Frage: Wir müssen uns stark machen, damit bei der Erarbeitung der Kommunalverfassung Erfahrungen in der Tätigkeit der Runden Tische beachtet werden. Ich nehme als Bürgermeister wüchentlich an der Beratung des Runden Tisches der Stadt Suhl teil. Das ist nicht ganz einfach. Und so glatt geht vieles in der praktischen Arbeit tatsächlich nicht. Aber ich meine, es ist denkbar und nützlich, Bürgerinitiativen mit einer entsprechenden Repräsentanz bei der Entscheidungsfindung der Volksvertretung wirksam zu machen.